



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21834-33

Fernschreiber 0286890

P/XII/86 - 12. April 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Sonderausschuss Radioaktivität nicht unabhängig ?	S. 1
Rücktrittsgerüchte um Dulles	S. 3
Zum Weltgesundheitsstag	S. 5
Ende des Deutschen Saarbundes ?	S. 7
Zur Ankunft des neuen US-Botschafters in Bonn	S. 8
Zum Thema: "Jüngster Stil" der CDU	S. 9

Für die freie Erforschung der Strahlungsgefahren

FB. - Die öffentliche Atomdebatte der letzten Tage hat nur ungenügend den Aspekt berücksichtigt, der sich aus den Strahlungsgefahren - sowohl von der militärischen als auch von der zivilen Verwendung - der Atomenergie ergeben. Dabei sollten gerade die letzten Nachrichten aus Oberitalien und Japan alarmierend genug sein, die von starken radioaktiven Niederschlägen sprechen.

Wir haben keinen Grund, uns in der Bundesrepublik etwa in Sicherheit zu wiegen. Die im vergangenen Jahre bekanntgewordenen Untersuchungen aus einem Freiburger Institut sollten noch in Erinnerung sein, trotzdem gerade das Bundesatomministerium damals versucht hat, die Gefahren zu bagatellisieren. Jetzt hat Professor Langendorff vom Radiologischen Institut Freiburg auf einer gemeinsamen Sitzung des Bundestagsausschusses für Atomfragen und des Sonderausschusses Radioaktivität festgestellt, dass neue Versuchsreihen die Ergebnisse des vergangenen Herbstes bestätigt hätten und dass insbesondere ein Vergleich mit dem Institut in Harwell die Richtigkeit der Freiburger Meßmethoden erwiesen habe.

Man kann deshalb die Sorge der Wissenschaftler sehr gut verstehen, die in der erwähnten Sitzung die Auffassung vertreten haben, dass vor allem im Hinblick auf die biologischen und genetischen Untersuchungen rasch gehandelt werden müsse, da eine Verzögerung um einige Wochen die Forschungsvorhaben um ein Jahr hinausschieben könnten.

Diese Untersuchungen aber werden nur dann zu wissenschaftlich

einwandfreien und auch glaubwürdigen Ergebnissen führen, wenn der Sonderausschuss Radioaktivität beim Atomministerium in absoluter Freiheit arbeiten kann. Die SPD hat es immer beanstandet, dass dieser Ausschuss überhaupt ministeriell verwickelt worden ist; sie hätte weit lieber eine unabhängige Strahlenschutzkommission gesehen, wie sie es mehrfach im Bundestage angeregt hat.

In der Zwischenzeit dürfte sich einwandfrei herausgestellt haben, dass der sozialdemokratische Standpunkt der richtige war, denn der Sonderausschuss Radioaktivität hat am 9. April 1957 einmütig die Auffassung vertreten, dass seine Unabhängigkeit in jeder Hinsicht gewahrt werden müsse. Er hat dem Bundestagsausschuss für Atomfragen eine Entschliessung vorgelegt, in der es heisst:

"Der Ausschuss betrachtet sich als selbständiges Gremium, das selbst über die Notwendigkeit der zusammengestellten Forschungsvorhaben und die Verwendung der dafür notwendigen Mittel entscheidet. Insofern können die Forschungsvorhaben des Ausschusses nicht einem anderen Fachgremium zur nochmaligen Genehmigung vorgelegt werden".

An anderer Stelle der Entschliessung heisst es, dass der Ausschuss, um seine Unabhängigkeit sachlich zu wahren und der Öffentlichkeit gegenüber zu dokumentieren, empfiehlt, diese Mittel als Sondertitel zu bewilligen und über die Forschungsgemeinschaft abzurechnen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben diesen Standpunkt unterstützt, während die CDU-Vertreter Einwendungen erhoben. Sie traten in Übereinstimmung mit den Regierungsvertretern dafür ein, dass die Forschungsvorhaben dieses Sonderausschusses der Genehmigung des Atomministeriums bedürfen. Mit Recht sehen darin die Mitglieder des Ausschusses, vor allem ihr Vorsitzender, Professor Rajewsky, ihre Unabhängigkeit beeinträchtigt. Dass das Atomministerium keine völlige Unabhängigkeit des Sonderausschusses will, geht auch aus dem Brief des Atomministers an den Sonderausschuss hervor, in dem er dem Ausschuss die generelle Beauftragung mitteilte, die Unabhängigkeit zusicherte, aber dem Ausschuss nicht die Zusicherung gab, dass er über die Verwendung der bewilligten Mittel selbst entscheiden könne.

Es zeigt sich an diesen Vorfällen deutlich, dass die Regierung den Sonderausschuss Radioaktivität am Gängelband halten will. Gerade das aber könnte die Arbeit des Ausschusses diskreditieren, denn nur bei völliger Unabhängigkeit kann er so arbeiten, dass die Bevölkerung zu ihm und seinen Forschungsergebnissen völliges Vertrauen hat. Dieses Vertrauen ist aber gerade jetzt notwendig, nachdem zahllose geängstigte Menschen um ihre Zukunft bangen und von der unabhängigen Wissenschaft klare Auskunft haben wollen.

12. April 1957

Muss Foster Dulles gehen?

Von unserem Korrespondenten in USA

New York, Mitte April

Der amerikanische Journalist John Robinson Seal, der für die bekannte Wochenzeitung "Time" dem Staatsdepartement in Washington zugeteilt ist und somit als einer der nächsten Beobachter von Staatssekretär John Foster Dulles gelten darf, hat offenbar dem von ihm hoch verehrten und bewunderten Staatssekretär einen Bärendienst erwiesen, als er seine Dulles-Biographie in Buchform vorlegte. Das Buch war zweifellos sehr gut gemeint - aber es hatte eine unerwartete Bumerangwirkung. Seal enthüllte, ein wenig naiv, eine Anzahl Dinge, die sich hinter den Kulissen der amerikanischen Diplomatie abgespielt haben - mit dem Resultat, dass es zu einem literarisch-politischen Skandal in ganz Amerika kam und auf einmal viele Zeitungen und ungezählte politische Sachverständige die Behauptung aufstellten, Dulles' Tage als amerikanischer Aussenminister seien gezählt, und er werde demnächst seinen Rücktritt einreichen müssen.

Gerüchte über einen baldigen Rücktritt des Staatssekretärs kursieren bereits seit seiner Krebsoperation im vorigen Jahre. Aber Dulles, dessen Körper- und Nervenstruktur wirklich eisern ist, hat sich von dieser schweren Operation erstaunlich schnell und komplett erholt - und heute merkt man dem ewig in der Welt herumfliegenden und bienenfleißig arbeitenden Mann nicht an, dass er vor seinem 70. Geburtstag steht und vor kurzen auf Tod und Leben im Spital lag. Andererseits aber hat es soeben unter den höchsten zivilen und militärischen Persönlichkeiten des Verteidigungsministeriums Dutzende von "Requiments" gegeben, ebenso in der Diplomatie und unter Eisenhowers "administrativen Assistenten", d.h. seinen persönlichen Beratern: und unter den Ministern, die nach allgemeiner Ansicht als nächste auf der "Absprungliste" stehen, finden sich Verteidigungssekretär Wilson und Staatssekretär Dulles.

Meister unglücklicher Formulierungen

Sollte sich diese Prophezeiung demnächst bewahrheiten, dann wird man, wenigstens in Europa, dem scheidenden Aussenminister nicht allzu viele Tränen nachweinen. Engländer und Franzosen werden dabei naturgemäss vor allem an seine Mittelostpolitik in der Suezfrage denken, - und in anderen Ländern, wo man die amerikanische Haltung im Suezkonflikt vielleicht milder beurteilt, wird man an die zahllosen unbedachten Aussprüche des Staatssekretärs denken, wie etwa den berühmigten, dass er Amerika vorsätzlich oftmals an den "Rand eines Krieges" geführt habe, oder sein ebenso unbedachtes Wort von der ihm vorschwebenden gewalttätigen "Befreiung der Satelliten". Diese Beispiele lassen sich beliebig vermehren.

Aber man muss es dem Staatssekretär, der ja nicht umsonst Zeit seines Lebens ein hervorragender Jurist war, lassen, dass er es fast immer verstanden hat, nachträglich diese haarsträubenden Formulierungen zu korrigieren, zu interpretieren, abzuschwächen oder gar rundweg zu bestreiten. Er hat das gleiche auch mit den Absätzen in dem erwähnten Buch von Seal getan, die so grosse Aufsehen erregten: einmal in dem Kapitel über den Mittelosten, und zweitens in dem Kapitel über Formosa

und Ostasien - wobei hinzugefügt werden muss, dass man sich in Amerika mehr über den ersteren Punkt aufgeregt hat als über Formosa, das ja im Augenblick ein wenig in Vergessenheit geraten ist.

Eine kalkulierte Provokation

Beal - der behauptet, das ganze Buch zwar nicht Dulles vor der Drucklegung vorgelegt, es aber doch in engstem Einvernehmen mit ihm geschrieben zu haben - erklärt, dass Dulles die berühmte amerikanische Ablehnung eines Assuandamm-Kredites für Ägypten absichtlich in möglichst schroffe und verletzendende Form gekleidet habe, um Nasser bloßzustellen. Er habe den russischen Bluff klar machen und die Moskauer Kreditangebote lächerlich machen wollen; die Tendenz seines Verhaltens war also zu demonstrieren, dass man Kredite für grosszügige Aufbauprojekte nur aus Amerika bekommen könne, und dass daher ein Land, das so etwas wünscht, besser nicht mit Moskau liebäugeln sollte.

Die Folgen dieser absichtlichen Bloßstellung Nassers - das Buch nennt sie eine kalkulierte Provokation - sind bekannt. Nasser verstaatlichte "zur Strafe" den Suezkanal. Angeblich habe man Dulles daraufhin ^{zurück} gesagt, dass eine solche Reaktion Nassers erwartet werden müsse, und Dulles habe sie in Kauf genommen. Dulles selber bestreitet jetzt, jemals Beal etwas von einer "kalkulierten Provokation" Nassers erzählt zu haben; aber schon vor Monaten haben andere Beobachter in Washington ähnliche Eindrücke gehabt, und das Bemerkte des Staatssekretärs klingt nicht sehr überzeugend.

Der zweite Punkt in Beals Buch, der den Leser zu einem Stirnrunzeln veranlasst, ist die Stelle, an der behauptet wird, Dulles hätte vor drei Jahren, während der Formosakrise, in einem geheimen Schreiben an Tschiang-Kai-Schek diesem versichert, dass Amerika "unbedingt" den Schutz der kleinen vorgelagerten und exponierten Inseln Queroy und Matsu verspreche - wovon die Öffentlichkeit nie etwas erfahren hatte. Ein geheimes Garantieverprechen gegen einen (damals für unmittelbar bevorstehend gehaltenen) Angriff Rot-Chinas ist eine ernste Sache; sollte es wirklich so etwas geben, dann wäre das Anlass für eine schwere Krise in Amerika. Dulles bestreitet allerdings rundweg, dass ein solches Geheimversprechen besteht; immerhin ist die Frage erlaubt, wo wohl Beal seine diesbezügliche Information her haben mag. Aus seinen Fingern wird er sich das kaum gesogen haben - und ein unbehagliches Gefühl des Misstrauens bleibt bestehen.

Erschütterte Position

Der amerikanische Staatssekretär ist für die amerikanische Aussenpolitik voll verantwortlich: Präsident Eisenhower ergreift wenig Initiativen auf eigene Faust, und die höheren Beamten des Staatsdepartements werden von Dulles zwar konsultiert, aber niemals wirklich in sein Vertrauen gezogen. Alle Vorwürfe und Kritiken müssen sich daher gegen ihn allein richten; als kürzlich amerikanische Parlamentarier sich darüber beschwerten, dass Dulles die Politik der "guten Nachbarschaft" gegen Lateinamerika vernachlässigt und auf seinen vielen Reisen kaum jemals einem südamerikanischen Staat einen Besuch abgestattet habe (ein Vorwurf der allerdings, gegen jeden Staatssekretär der letzten fünfzig Jahre erhoben wurde!) - da konnte er die Verantwortung nicht von sich abwälzen. Es ist letzthin in der amerikanischen Diplomatie einiges schiefgegangen - und Dulles ist dafür verantwortlich, genau so wie

auch er das Verdienst für alles beansprucher darf, was gut und glatt geht.

Der Präsident hält, trotz aller Kritik, an dem Staatssekretär fest - und das mag alle Rücktrittsgesuche abschneiden. Aber die Position ist erschüttert, und ein Personenwechsel an der Spitze des Staatsdepartments im Laufe der nächsten Monate würde für niemanden eine Überraschung sein.

* * *

Worte sind nicht gleich Taten

E.P. - Für den Weltgesundheitstag 1957 hatte die Weltgesundheitsorganisation das Thema "Ernährung und Gesundheit" gewählt. Aus diesem Anlass veranstaltete der Bundesausschuss für gesundheitliche Volksbelehrung e.V. eine Feierstunde in Bad Godesberg. Die dabei gehaltenen Reden von Bundesinnenminister Schröder und des Staatssekretärs Sonnenmann enthielten einige grundsätzliche Stellungnahmen, die der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, insbesondere des städtischen Verbrauchers, wert sind und deshalb nicht unbeachtet bleiben sollten.

Zunächst sei festgestellt, dass die Bundesrepublik zur Weltgesundheitsorganisation, wie zu den meisten Institutionen der UNO, keinen sehr hohen Beitrag leistet. Die USA zahlen 3 000 000 \$, England 1 1/2 Mill. \$, Frankreich 800 000 \$ und die Bundesrepublik Deutschland 400.000 \$. Zu den Aufgaben der Weltgesundheitsorganisation gehören die Bekämpfung der grossen Volksseuchen, vor allem in den sogenannten "unterentwickelten Gebieten" und die Ausbreitung der Hygiene in allen Teilen der Welt. Nicht zuletzt gehört dazu auch die Beseitigung der Hungersnöte, von denen unnötigerweise immer noch fast 2/3 der Menschheit bedroht sind. Deshalb konnte man die Wahl des diesjährigen Themas "Ernährung und Gesundheit" nur begrüssen, denn das eine ist ohne das andere nicht möglich. Zur Weltgesundheitsorganisation gehören heute 88 Staaten. In der Bundesrepublik sind es neben den rein ärztlichen Vereinigungen der Bundesausschuss für gesundheitliche Volksbelehrung und die Gesellschaft für Ernährung, die sich deren Zielen annähern.

Beide Gesellschaften werden von den grossen politischen Parteien unterstützt. Noch im Etat des vorigen Bundeshaushalts gelang es der sozialdemokratischen Abgeordneten Frau Keilhack, die Mittel für die Deutsche Gesellschaft für Ernährung im Bundestag von 125 000 DM auf 215 000 DM zu erhöhen. Die sozialdemokratische Partei hat von sich aus schon seit langem im Rahmen ihres Sozialplanes der Gesundheitsvorsorge eine grosse Bedeutung beigegeben.

Wenn man weiss, welche gesundheitlichen Gefahren dem Verbraucher

durch Denaturierung und Verfälschungen der Lebensmittel drohen, kann das grosse Interesse der politischen Parteien niemanden verwundern. Aus den Reden von Schroeder und Sonnemann ergaben sich allerdings einige Widersprüche zwischen ihrer persönlichen Auffassung und der von ihren Fraktionen vertretenen Politik.

So meinte der Bundesinnenminister, eine Beimischung von Fremdzusätzen zu Grundnahrungsmitteln müsse grundsätzlich untersagt werden. Ein gleichlautender Antrag der SPD in der letzten Sitzung des Ausschusses für Lebensmittelrecht wurde jedoch von der CDU-Fraktion nicht akzeptiert. Man hielt das für technisch unmöglich.

Staatssekretär Sonnemann wies auf die grosse Bedeutung der Tbc-Freimachung unserer Rindviehbestände für die Volksgesundheit hin. Die DP-Fraktion im Bundestag war es aber, die eine Koppelung der in Grünen Plan vorgesehenen 450 Millionen DM Milchsubvention an die Seuchentilgung nicht wollte. Überhaupt betonte man den grossen gesundheitlichen Wert der Milch, vor allem für die heranwachsende Jugend. Die Sozialdemokraten berührte es dabei schmerzlich, dass ein seit zwei Jahren gestellter SPD-Antrag auf Bereitstellung von 40 Millionen DM für die Schulumilchspeisung, die ohne weiteres im Grünen Plan hätten untergebracht werden können, bei der Bundesregierung keine Beachtung findet. Staatssekretär Sonnemann behauptete weiter, das von der Bundesregierung erlassene Handelsklassengesetz erleichtere den Hausfrauen die Auswahl qualitativ guter Erzeugnisse. Es dürfte ihm jedoch bekannt sein, dass ausser in Hamburg das Handelsklassengesetz fast nirgendwo durchgeführt wird.

Auch hier gilt das Wort Goethes: "Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube". Es bleibt zu hoffen, dass wenigstens das neue Lebensmittelrecht, allen Unkenrufen zum Trotz und entgegen aller Interessenwirtschaft, dem Deutschen Bundestag zum Wohle des Lebensmittelverbrauches alle Ehre macht.

* * *

Ende des deutschen Saarbundes ?

sp - Der vor einigen Jahren ins Leben gerufene Deutsche Saarbund scheint in Auflösung begriffen zu sein. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen, dem mehr als ein Drittel aller Mitglieder des Deutschen Saarbundes angehören, hat vor kurzem die anderen Landesverbände zur Gründung eines "Bund der Saarvereine" aufgefordert. Interessant sind die Hintergründe dieses Vorganges. Von dem neuen "Bund der Saarvereine", dessen Geschäftsführer ein Herr F. Geispauer in Wessel ist, wird behauptet, dass sich insbesondere im Landesverband Hessen des bisherigen Deutschen Saarbundes extremistische Strömungen herausgebildet hätten. Der hessische Landesvorsitzende Toni Schreiber habe versucht, den Deutschen Saarbund mit der Strasser-Bewegung und "anderen Organisationen ähnlicher Art" in Verbindung zu bringen. Um welche Organisationen "ähnlicher Art" es sich hierbei handelt, wird von der Geschäftsführung des "Bundes der Saarvereine", die jetzt ein Rundschreiben an die anderen Landesverbände des Saarbundes verschickt, nicht gesagt.

Während man aus dem ersten Teil dieses Rundschreibens entnehmen kann, dass der hessische Landesvorsitzende des Saarbundes mit rechtsradikalen Elementen geliebäugelt hat, ergibt sich aus dem zweiten Teil die Vermutung, der hessische Landesverband und seine Führung seien in die Nachbarschaft der SED geraten. In dem Rundschreiben des Bundes der Saarvereine heisst es nämlich, die hessischen und andere Delegierte hätten auf der Jahresversammlung des Deutschen Saarbundes am 24. März in Celle unter dem Vorwand, eine aktivere Politik der Wiedervereinigung zu vertreten, eine Satzungsänderung über die Ziele der künftigen Wiedervereinigungsarbeit durchgesetzt, "in der die Worte 'in Frieden und Freiheit' gestrichen wurden". Ferner wird den hessischen und anderen Delegierten zum Vorwurf gemacht, sie hätten in einem Entschliessungsentwurf "ausserdem auch nicht völlig freie Wahlen in Mitteldeutschland und Verhandlungen mit rechtmässig nicht legitimierten Politikern" angestrebt. Der Essener Notar Dr. Lietzmann und andere Vorstandsmitglieder hätten sich wegen dieser Vorgänge nicht mehr zur Wahl gestellt, "und sich entschieden von allen radikalen Tendenzen distanziert".

Eine Übersicht über die Reaktion der einzelnen Landesverbände des früheren Deutschen Saarbundes auf dieses Rundschreiben liegt noch nicht vor, jedoch glaubt man in Kreisen der im Bundesgebiet wohnenden Saarländer, dass die Stunde des Deutschen Saarbundes geschlagen hat.

* * *

Ein gewiegter Europa-Kenner

sp - Vom Deck eines amerikanischen Truppentransporters sah im Jahre 1917 der neue Botschafter der Vereinigten Staaten in Bonn, David K. Este Bruce, damals im Rang eines Gefreiten, zum ersten Mal Europa. Seitdem ist für ihn der alte Kontinent zum Schicksal geworden. Die Hauptstationen seiner Karriere, die ihn nun als Vertreter des mächtigsten Landes der westlichen Welt in die provisorische Hauptstadt Bonn führen, liegen in Europa. So war er einige Jahre Washingtons Repräsentant in Paris, wo er sich den Ruf erwarb, einer der aktivsten Botschafter seit Benjamin Franklin, dem grossen Freund Frankreichs und einer der Väter der amerikanischen Revolution, zu sein. Als Vertreter der USA bei der hohen Behörde der Montan-Union spielte er dann eine weniger sichtbare aber deshalb nicht minder gewichtige Rolle; er hat von seinem Pariser Beobachtungsposten aus als einer der einflussreichsten Akteure das Satyrspiel um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft erlebt. Amerikanische Wunschvorstellungen und die Träume der Europaromantiker erlitten hier ein schmägliches Fiasko - den Realisten Bruce konnte dies vielleicht nicht überraschen. Er blieb ein tatkräftiger Förderer des europäischen Zusammenschlusses, der sich freilich unter ganz anderen Formen vollziehen muss, wenn er den Stürmen kommender Zeiten standhalten soll, als sie den Aposteln Klein-europas vorschwebten.

Vor einiger Zeit schrieb die "Washington Post", es sollte eine Aufgabe des neuen Botschafters sein, die amerikanische Vertretung "in der Bundesrepublik in die Richtung des Realismus und der Unparteilichkeit zurückzuführen". Diese amerikanische Stimme ist zwar keine offizielle, aber sie gibt weitverbreitete, bis in die höchsten Spitzen reichende Strömungen und Auffassungen wieder. Viele Jahre erblickte die Deutschland-Politik der USA in Bundeskanzler Dr. Adenauer Deutschland und Deutschland in Adenauer. Aber es ist für die Aussenpolitik eines Landes nicht bekömmlich, seine Beziehungen zu einem Land völlig von einer Persönlichkeit und der von ihm vertretenen politischen Doktrin bestimmen zu lassen - ein Fehler, der oft mit dem Zusammenbruch von Illusionen bezahlt werden muss.

Er wolle sich bemühen, bei seiner neuen Aufgabe auch einen engen Kontakt zu den Oppositionsparteien und mit allen Volksschichten zu

pflügen, liess sich Bruce kürzlich vernehmen. Diese offene Bereitschaft ehrt ihn; sie ist geeignet, manche Schatten zu erhellen und viele Missverständnisse zu beseitigen, die zwischen der Opposition und der offiziellen USA-Deutschlandpolitik lagen. Die junge deutsche Demokratie ist nicht identisch mit der Vorherrschaft der grössten Regierungspartei und das gute Verhältnis des deutschen Volkes zum Volk der Vereinigten Staaten ist nicht an das Wirken eines 81jährigen Bundeskanzlers gebunden. Neue Kräfte und Strömungen drängen heute in der Bundesrepublik nach vorn, von dem heissen Streben getragen, den Stillstand in der Politik der Wiedervereinigung unseres gespaltenen Landes durch neue Initiativen zu überwinden und eine Entwicklung zu verhindern, die zur Selbstzerfleischung unseres Volkes im Atomzeitalter führen muss. Als Realist wird sich der neue Botschafter selbst davon überzeugen können, wie gross der Wille im deutschen Volke zu seiner friedlichen Wiedervereinigung ist.

+ + +

Auch eine Methodel

sp - Der "Deutschland Union Dienst", das Informationsorgan der CDU/CSU, veröffentlichte am 10. April einen Aufsatz, mit dem "bewiesen" werden soll, dass die SPD früher für die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen eingetreten sei. Ein einziges angebliches Zitat aus einer "sozialdemokratisch orientierten" Zeitung muss für diesen "Beweis" herhalten. In anderen vom "Deutschland Union Dienst" wiedergegebenen sozialdemokratischen Stimmen ist kein Wort über die "frühere" sozialdemokratische Forderung nach Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen enthalten.

Aber auch mit dem einen Zitat hat der "Deutschland Union Dienst" die Wahrheit umgangen. Bei diesem angeblichen Zitat, das dem Berliner "Telegraf" von 2.9.1956 entnommen ist, handelt es sich gar nicht um eine Stellungnahme der Redaktion oder gar der SPD, sondern um die...Leserzuschrift eines Herrn Lothar Werner aus Berlin-Wittenau. Diese Zuschrift ist im "Telegraf" unter der Überschrift "Tribüne des Lesers" abgedruckt, und zwar mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, dass an dieser Stelle die Leser diskutieren sollten und nicht die Meinung der Redaktion wiedergegeben sei.

Der "Deutschland-Union-Dienst" hat also aus einer Leserzuschrift eine redaktionelle Stellungnahme gemacht und damit die Meinung einer Zeitung verfälscht. Diese Methode der Einklüssen auf öffentliche Meinungsbildung kann nur als ein Stück Verwilderung der politischen Sitten bezeichnet werden, das gut zu dem "jüngsten Stil" der CDU passt. Wo kommen wir hin, wann künftig in der politischen Auseinandersetzung Leserzuschriften an Tageszeitungen als Meinungen der Redaktion oder gar als Meinungen von Politikern dargestellt werden?!

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel